

Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten wird nicht verlängert!

Nach amtlicher Auskunft des Bundesministeriums der Finanzen vom 20. Februar 2006 wird das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen (**BGBl. 1996 II S. 518**) seit Juni 1996 bestehende bilaterale Abkommen (DBA BRD-VAE) nicht verlängert. Nach Artikel 30 des DBA BRD-VAE vom 9. April 1995 tritt dieses Abkommen deshalb 10 Jahre nach seinem Inkrafttreten am **10. August 2006** außer Kraft.

Die zuständigen Ministerien der Bundesregierung haben beschlossen, das Abkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht zu verlängern, sondern neu zu verhandeln. Deutschland wird den Vereinigten Arabischen Emiraten vorschlagen, noch im 1. Halbjahr 2006 mit Neuverhandlungen zu einem Doppelbesteuerungsabkommen zu beginnen.

Ob und mit welchem Inhalt ein neues Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen werden wird, ist demnach offen. Es mag spekuliert werden, dass die Nutzung der verschiedenen Freistellungsregelungen des DBA BRD-VAE im Hinblick auf den Immobilienboom in den VAE nicht unwesentlich zu dieser doch überraschenden Entscheidung der deutschen Ministerien beigetragen hat. Noch im Jahr 2005 standen nach übereinstimmender Auskunft sowohl der deutschen als auch der emiratischen Behörden die Vorzeichen klar auf Verlängerung des DBA BRD-VAE durch Austausch diplomatischer Noten.

Bis zum Abschluß eines neuen DBA besteht deshalb für deutsche Investoren erhebliche Planungsunsicherheit. Problematisch sind derzeit vor allem Immobilien(Fonds)-beteiligungen sowie Personengesellschaftsmodelle zu bewerten, die ihre Vorteile ausschließlich aus dem DBA BRD-VAE ableiten. Die Ausschüttung von Dividenden aus einer Schachtelbeteiligung einer deutschen Kapitalgesellschaft an einer emiratischen Kapitalgesellschaft dürfte von dieser neuen Entwicklung allerdings vorerst unberührt bleiben, da sich diese Konstellation nach nationalem Steuerrecht (§ 8 b KStG) richtet. Die Regelung des § 8 b KStG ist dem deutschen Gesetzgeber jedoch schon seit längerem ein Dorn im Auge, so dass auch dessen „Haltbarkeit“ nicht abgeschätzt werden kann.

Derzeit werden „Übergangslösungen“ überprüft, da entsprechende Doppelbesteuerungsabkommen zumindest zwischen Österreich und den VAE existieren. Auch die Schweiz und Luxemburg sind im Gespräch. Ob entsprechende Drittstaateneinkünfte in Deutschland steuerfrei sind, muss im Einzelfall überprüft werden.

Rechtsanwalt Christoph Keimer,
Schlüter Graf & Partner
Dortmund/Dubai
Tel.: 0231/9144550
www.schlueter-graf.de

Steuerberater Ralf Weißkopf
Weißkopf & Partner
Dortmund
Tel.: 0231/9123040
www.weisskopf-partner.de